



Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redacteur: A. Gilscher.

Uebersicht der Nachrichten.

Aus Berlin (Könige), Potsdam, Posen (Erzbischof von Prylusk), Königsberg (Dr. Jacoby), Danzig, Rastenburg, Bartenstein, Halle, (Wislicenus), Eberfeld, Koblenz (die Schildwachen) und vom Rhein (die kirchl. Trauung). — Schreiben aus Frankfurt, München, Nürnberg und Hoisteln (die Tschöer Auftritte, die Sundzollfrage). — Schreiben aus Paris, vom franz. Oberhein und von der franz. Grenze. — Aus Madrid. — Aus der Schweiz. — Schreiben aus Konstantinopel.

Inland.

Berlin, 4. Mai. — Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Major a. D. Zieburk den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen.

Der General-Major und Commandeur der 13ten Landwehr-Brigade, Graf v. Brühl, ist von Münster hier angekommen.

Sr. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem General-Lieutenant außer Dienst, Grafen Henckel v. Donnerstern in Dessau, die Anlegung des ihm von den Herzögen von Anhalt-Hohentzen verliehenen Großkreuzes vom Orden Albrecht des Bären zu gestatten.

(Epen. 3.) Die von einigen Blättern verbreitete Nachricht, daß der Pfarrer Ronge sich mit der Tochter eines wohlhabenden Bürgers hier selbst verlobt habe, ist eine müßige, rein aus der Luft gegriffene Erfindung. Auch die Mittheilung, daß für die hiesige Gemeinde ganz neue Kirchenlieder componirt würden, beruht auf einem Irrthum. Dagegen ist es richtig, daß ein neues Gesangbuch für die apostolisch-katholischen Gemeinden zusammengestellt wird.

Potsdam. Die hiesige deutsch-katholische Gemeinde beabsichtigt, ihrem zu erwerbenden Prediger für jetzt mit der Aussicht auf Verbesserung ein jährliches Gehalt von 400 Thlr., und eine für einen Unverheiratheten passende meublirte Wohnung zu offeriren.

Posen, 1. Mai. (Bos. 3.) Der Erzbischof von Prylusk hat heute ein glänzendes Diner zu Ehren seiner Ernennung in dem hiesigen erzbischöflichen Palais, wo er vorzüglich sein Domicil haben wird, gegeben. Es war bei demselben alles vereinigt, was sich nur an hoher Geistlichkeit und höchster Noblesse in Posen befindet. Militär- und Civil- so wie Ständes-Uniformen sah man in buntem, vertraulichem Gemisch durcheinander. Man kann sagen, daß sich dieses Diner nicht allein durch die würdige Pracht seines Arrangements, sondern auch durch den anmuthigen Ton der Unterhaltung, so wie durch die hohe Güte und herzerhebende Freundlichkeit des Festgebers vor allen ähnlichen Festivitäten vortheilhaft auszeichnete. Auch fand man es allgemein passend, daß keine Neben- — gewiß etwas Seltenes bei einem Diner von weit über 100 Personen — gehalten wurden. Unter den Gästen bemerkte man außer dem Ober-Präsidenten und dem kommandirenden General noch den General-Lieutenant v. Steinacker, den General-Landschafts-Direktor v. Grabowski, den Grafen v. Poninski, den evangel. Bischof Freimarc u.

Königsberg, 25. April. (Wes. 3.) Am 23ten d. ist der Prozeß gegen Dr. Jacoby wegen seiner Schrift: „Das königl. Wort Friedrich Wilhelm III.“ von Seiten des hiesigen Oberlandesgerichts eröffnet. (Eine längere ernsthafte Krankheit Jacoby's ist die Ursache gewesen, daß die Untersuchung nicht schon vor einigen Wochen stattgefunden). Der Inquisitorats-Direktor von Neischütz führte die Untersuchung; in der Anklageakte sind vier Stellen der erwähnten Schrift herausgehoben, aus deren Zusammenstellung, nach der Ansicht des Kriminalsenates, dem der Justizminister Uhden die Untersuchung aufgetragen, der Verdacht einer Majestätsbeleidigung hervorgehen solle. Wegen der zweiten Schrift Jacoby's: „Preußen im Jahre 1845.“ die bereits in zweiter Auflage hier vielfältig verbreitet ist, ist bis jetzt noch kein Befehl zur Untersuchung eingegangen.

Danzig, 2. Mai. — Heute ist hier aus Marienwerder die Nachricht eingegangen, daß sich daselbst bei Gelegenheit der kurzen Anwesenheit des Hrn. Molinari aus Marienburg und durch Vermittelung desselben, ebenfalls eine christlich apostolisch-kathol. Gemeinde gebildet hat, welche für jetzt 43 Mitglieder zählt.

Rastenburg. (Königsb. 3.) Wir fragen: nach welchem Landesgesetze oder nach welcher Kirchenordnung ist ein königl. preuß. Superintendent berechtigt, eine Dame zum Halten oder Ablefen einer, wenn auch nur wenige Zeilen langen Anrede beim öffentlichen Gottesdienste aufzufordern oder zuzulassen? Auf diese Frage erbitten wir uns Antwort, da bekanntlich die ganze Christenheit auf Grund des Wortes Gottes (1. Kor. 14, 34, 35.) das „In ecclesia taceat mulier“ immer als Gesetz festgehalten hat. Die Sache (s. Nr. 99) macht schon deshalb hier großes Aufsehen, weil, wenn Einer nicht ungerügt von Emancipation der Frauen öffentlich reden durfte, der Andere doch noch viel weniger dieselbe öffentlich in Ausübung bringen darf.

Bartenstein. (Königsb. 3.) Am 29. April hatte der hiesige Gustav-Adolph-Verein seine vierteljährliche Versammlung. Lebhaft wurde die Debatte, als es zur Sprache kam, wofür sich die Deputirten des hiesigen Vereines im Namen der Versammelten entscheiden sollten, wenn auf der nächsten Hauptversammlung in Königsberg die Frage zur Entscheidung vorgelegt werden sollte: ob die Bekenner der neuen christlich-kathol. Kirche als Protestanten im christlichen Sinne anzusehen wären und ob sie demnach Mitglieder, also auch Theilnehmer an den Unterstützungen des Gustav-Adolph-Vereines werden könnten? Mit entschiedener Majorität sprach sich die Versammlung dafür aus. — Vor Kurzem ist übrigens auch aus Bartenstein eine Sammlung im Betrage von 50 Thlr. für die Gemeinde in Schneidemühl an Hrn. v. Everski gesendet worden.

Halle, 1. Mai. (D. A. 3.) So eben verbreitet sich hier die Nachricht, daß der Prediger Wislicenus vom Ministerium die Aufforderung erhalten hat, sich zur Prüfung seines theologischen Standpunktes einem Colloquium zu unterwerfen. Dasselbe soll bereits am 5. Mai, jedoch nicht vor dem Consistorium zu Magdeburg, sondern in Wittenberg, der alten Lutherstadt, vor einer eigens dazu ernannten Commission stattfinden. Die Commission soll aus dem General-Superintendenten der Provinz, Dr. Möller, den H. Twesten und Sneathlage aus Berlin und Heubner in Wittenberg bestehen.

Eberfeld, 30. April. (Ebf. 3.) Auch hier hat sich, wie in Berlin, Dresden, Leipzig u. ein Kreis edler Frauen gebildet, der sich die Aufgabe gestellt hat, durch eigene Arbeiten der hiesigen deutsch-katholischen Gemeinde die nöthigen kirchlichen Geräthe in würdiger Ausstattung zu verschaffen.

Koblenz, 30. April. — Die Barmer Zeitung meldete kürzlich von hier aus, daß in einer unserer belebtesten Straßen an der Hauptwache einem Vorübergehenden durch die dortige Schildwache, welche das Gewehr nachlässig getragen, eine Verletzung des Auges zugefügt worden sei, welche den Verlust des letztern zur Folge gehabt. Der Verwundete habe Anzeige davon bei der Militärbehörde gemacht, sei jedoch nicht weiter gehört, vielmehr mit dem Bedenken, er habe sich diese Verletzung selbst zuzuschreiben, weil er zu nahe an die Wache herangegangen, ohne weiteres abgewiesen worden. Der Artikel brachte dagegen einige Reflexionen und diese müssen keinesweges ungegründet gewesen sein, denn kaum hatte man hier Kenntniß von jener Correspondenz erhalten, so ließ das Gouvernement den Schuldigen sofort vor ein Kriegsgericht stellen, welches ihn auch wegen der ihm zur Last fallenden Dienstwidrigkeit in 8 Tage Arrest condemnirte.

Vom Rhein, 28. April. (Ebf. 3.) Der Steinhelmer Landtag hat in seiner 13ten Plenarversammlung den einstimmigen Beschluß gefaßt, die gänzliche Aufhebung des Gesetzes vom 17. August 1825 in Antrag zu bringen, und er hat seinen Beschluß wesentlich durch den Grundsatz motivirt, daß vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit Anerkennung verdiene und herrschen solle. Diesen Grundsatz, der bei unserem hohen Landtage auch den Juden zu Statten gekommen ist, adoptiren wir von ganzem Herzen. Er entspricht der Ver-

nunft; er sagt der Bildung unserer Zeit zu; er wird vom Evangelio sanctionirt; er ist der Todesstoß für den Romanismus, der sich zum geraden Gegentheil bekennet, und er sichert der neuen deutsch-katholischen Kirche, wiefern unser Landtag dabei theilhaftig ist, ihr Recht und ihre Existenz. Wenn die Deputirten der Rheinprovinz, in welcher der Romanismus seine besten Triumphe feiern zu können meinte, einstimmig eine vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit proklamiren, wenn sie dies einem Gesetze gegenüber thun zu müssen glauben, das seiner ganzen Tendenz nach ursprünglich nichts anders wollte, als diese Freiheit schirmen, gegen das aber von Fanatikern künstlich der Verdacht erregt wurde, als wolle es das Gegentheil, und wenn sie gerade diese unsere Zeit wählen, um jenen großen Grundsatze unter ihre Obhut zu nehmen und ihn vor den Stufen des Thrones zu vertreten: dann ist dies sehr bedeutungsvoll und kann nicht ohne wichtige Folgen bleiben, wie denn auch diese Landtagsthat der ganzen Provinz zu hoher Freude und Ehre gereicht. So ist's recht! Der Geist der neuen Zeit, dem die evangelische Kirche huldigt und die deutsch-katholische Kirche huldigen zu wollen erklärt hat, hat einen entschiedenen Sieg über den Geist des Mittelalters davon getragen, dem der Romanismus huldigt, und welchen zurückzurufen er so eifrig beflissen ist. Allein nun weiter! Warum hat der Landtag, da er die Aufhebung der fraglichen Cabinetsordre für die ganze Provinz in Antrag gebracht hat, für sie nicht auch die ganze französische Gesetzgebung über das Ehemessen in Antrag gebracht? Die französische Gesetzgebung ist bekanntlich sehr consequent, woraus von selbst einleuchtet, daß Stücke aus ihr annehmen und andere Stücke, die damit in unmittelbarem Connexe stehen, nicht annehmen, nichts anderes heißt, als inconsequent sein und resp. das Recht in Unrecht und die Freiheit in Unfreiheit verkehren. Wenn der Staat einmal verordnet, daß die Ehe erst durch kirchliche Trauung geseglicht werde, wie auf der rechten Rheinseite: dann hat er auch nicht allein das Recht, sondern sogar die Pflicht, ähnliche Gesetze, wie das ist, um dessen Aufhebung der Landtag gebeten hat, zu erlassen und überdies genau und streng durchzuführen. Und zwar schon um derer willen, die die Ehe schließen. Sie werden zwangsweise der Kirche in die Arme getrieben; wohlan, sie dürfen deshalb fordern, daß ihre beiderseitige Glaubens- und Gewissensfreiheit von der Kirche auch in Ansehung der zu erzielenden Kinder geachtet und vom Staate geschützt werde, was beides factisch dann nicht mehr geschieht, wenn sich die Kirche erlaubt und erlauben darf, denjenigen, die von dieser Freiheit Gebrauch machen, den Vollgenuß ihrer kirchlichen Rechte zu versagen, i. e. sie zu bestrafen. Aber auch um der verschiedenen Kirchen willen, die bei gemischten Ehen theilhaftig sind. Sie haben parität. Rechte; wohlan, sie dürfen fordern, daß entweder der Theil, der diesen Rechten in thesi oder in praxi oder in beiden Stücken zugleich zuwiderhandelt, daran verhindert oder daß beiden Theilen in gleichem Umfange gestattet werde, dawider zu handeln, wodurch dann zwischen den beiden Kirchen ein endloser und heillos Krieg sich entzündet und außerdem die Würde des Staates verletzt und die Kraft seiner Gesetze geschwächt werden würde. Diese Sätze sind ganz einfach und scheinen uns unwiderleglich zu sein; aber eben deshalb stoßen wir uns daran, daß der hohe Landtag auf halbem Wege stehen geblieben ist. In der Form, wie sein Antrag jetzt vorliegt, dient er nicht der Glaubens- und Gewissensfreiheit, fördert er nicht Recht und Gerechtigkeit, gefährdet er sie vielmehr; in dieser Form kann derselbe nur für die nützlich sein, die unbeeugt und frei in einer Handthierung sein wollen, welche weltbekannt und für die wirkliche Freiheit, sowie für das positive Recht bedrohlich ist; und in dieser Form wird der Antrag schwerlich die höhere Genehmigung erhalten. Um consequent zu sein und das Rechte ganz zu treffen, hätte der hohe Landtag zugleich beantragen sollen, daß auch auf der rechten Rheinseite die kirchliche Trauung, sofern sie ein zur Gültigkeit der Ehe nothwendiges Requisit sei, aufgehoben werden möge. Wenn der Staat Niemanden mehr nöthigt, sein Recht sich bei der Kirche zu holen, dann braucht er auch Niemanden mehr der Kirche gegenüber zu vertreten, aber auch allein erst dann.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 2. Mai. — Privatbrieflichen Mittheilungen aus Paris zu glauben, hätte die zeitweilige Uebertragung von Hrn. Guizot's Portefeuille auf den Minister des Innern, Graf von Duchatel, einige Mißstimmung beim Marschall Soult hervorgerufen, der das Interim für sich in Anspruch genommen. Mit Hinblick auf Hrn. Guizot's körperliche Leiden deuten die Briefsteller auf den vertrauten Umgang dieses Staatsmannes mit einer zu Paris privatisirenden vornehmen russischen Dame hin, mit welcher derselbe sogar heimlich verheirathet sein soll, und geben zu verstehen, daß in dem bewegten Verhältnisse die eigentliche Ursache seines leidenden Zustandes zu finden sei. — Der Zweck von Hrn. Rossi's Sendung nach Rom endlich wird als verfehlt bezeichnet. Die Curie, wird bemerkt, fühle sich in dem Augenblick zu stark, um daß sie sich zu irgend einer Einräumung zu verstehen geneigt sein sollte. — Auf der von Darmstadt nach der Station Langen führenden Strecke der Main-Neckar-Eisenbahn wird am nächstkünftigen Sonntage die erste Probefahrt gehalten werden; auch hofft man die von Darmstadt nach Heidelberg führende Bahnstrecke noch in diesem Jahr bis zur Station Ladenburg in Gebrauch nehmen zu können. Ob jedoch diese theilweise Benutzung der Eisenstraße einigen Vortheil gewähren, ja selbst nur die Betriebskosten lohnen dürfte, wird vielfach bezweifelt. — In der hier vorgestern abgehaltenen Generalversammlung der Gesellschaft der Actionaire für die nunmehr unter der Benennung „deutscher Phönix“ vereinigten großherzoglich badischen und Frankfurter Feuerversicherungs-Compagnie wurde der neue Sigungs-Entwurf der Versammlung vorgelegt und von derselben genehmigt. Nicht weniger wie dieses Unternehmen hat sich auch die kürzlich in Thätigkeit getretene Frankfurter Lebensversicherungs-Anstalt eines vielfältigen Vertrauens zu ihren Erfolgen zu erfreuen, wovon der Cours ihrer Actien zeugt, die mit einem Agio von 6 pCt. bezahlt werden. Bemerkenswerth sind dagegen die Fehlschläge, die seither noch alle Unternehmungen erfuhren, womit es unmittelbar auf einen complicirten Industries- und Handels-Betrieb abgesehen war, wie beispielsweise die Elberfelder rheinisch-westindische Handelsgesellschaft, die von Actiengesellschaften betriebenen Zuckerrfabriken, Baumwollen-Manufacturen u. dgl. m. Aehnlichen Geschicken scheint nun auch die Ettlinger Spinn- und Weberei entgegen zu gehen, deren Actionäre bereits zu ihrer diesjährigen Generalversammlung eingeladen worden sind. Indeß so trübe auch die Aussichten für die dabei betheiligten Capitalisten durchschnittlich sind, so ist doch das bekannte Bankhaus Huber, das die Geldgeschäfte der Gesellschaft beforgte, deren Hauptbegründer es war, dabei keinesweges zu kurz gekommen. Vielmehr soll es sich in seinen Geschäftsverhältnissen zur Gesellschaft Gewinnste berechnen können, die um so bedeutender, da sich dieselbe vielmehr nach der Ausdehnung dieser Geschäfte, als nach den Vortheilen bemapen, die solche der Gesellschaft gewährten und die immer weiter zu erstrecken schien ganz in seinem Sonderinteresse lag, wenn schon dadurch die jetzigen Verlegenheiten entstanden. Wöchten doch diese und ähnliche Erfahrungen für die Zeitgenossen nicht verloren gehen, sie daraus vielmehr die Lehre schöpfen, daß ein complicirter Handels- und Gewerbetrieb durch Actiengesellschaften selten ersprißliche Früchte trägt, weil diese demselben die Aufmerksamkeit und Sorgfalt des einzelnen Privatmannes, der sich einem solchen Betriebe unterzieht, nicht zuzuwenden vermögen. Es herrscht gegenwärtig in ihrem ganzen Geschäftsbetriebe Nachlässigkeit und Verschwendung zugleich und eben darum haben solche Gesellschaften auch niemals die Ueberwindung einzelner Unternehmer ertragen können. Sie aber durch Beileihung besonderer Vorrechte begünstigen, wie wohl hin und wieder geschieht, ist ein um so verwerflicherer Ausweg, als sie selbst trotz aller Begünstigung nie recht zur Blüthe gelangen, Andere aber dadurch zugleich an dem Gewinne gehindert werden, den sie bei freiem Verkehre hätten machen können.

Frankfurt a. M., 28. April. (Brem. Z.) Es ist kaum zu bezorgen, daß in der Bundesversammlung eine die Reformbestrebungen im katholischen Kirchenwesen hemmende Maßregel beantragt werden sollte, ohne daß man sich vorher mit Preußen deshalb vereinbart hätte, wo man in der höchsten Region schon aus Händen der Staatsraison derselben keineswegs abgeneigt zu sein scheint. Fände aber solche wirklich statt, so wird sich die deutsch-katholische Kirche als *ecclesia pressa* zu betrachten haben, und preßhafte Zustände sind gerade der fruchtbarste Boden für das Gedeihen neuerer Kirchengemeinden (wenn sie anders an sich lebenskräftig sind), wie die Geschichte aller Zeiten lehrt.

München, 29. April. — Ueber die protestantischen Zustände Bayerns wird aus äußerst unterrichteter und schonungsloser Feder demnächst eine sehr interessante Schrift erscheinen und auch das Judenthum in Bayern beleuchtet werden.

Mürnberg, 23. April. (Rb. B.) Unser Kronprinz sagte vor Kurzem einem angesehenen adelichen Protestanten aus Mittelfranken: „Ich verfihere Sie, daß sowohl ich als mein Bruder entschieden gegen die Richtung sind, welche die Regierung in Beziehung auf die kirchlichen Verhältnisse in Bayern verfolgt, und daß

wir Beide der protestantischen Kirche all den Schutz angedeihen lassen, der nur irgend in unsern Kräften steht. Ich sage dies nicht Ihnen allein, sondern ich ermächtige Sie, dies in meinem Namen allen fränkischen Protestanten zu sagen.“ — Auch an des Königs persönlicher Milde und Gerechtigkeit zweifelt Niemand. Allein die Macht der Verhältnisse scheint, wie man auch aus den Folgen des königl. Handschreibens an den Bischof von Würzburg schließen kann, mächtiger zu sein, als der Wille des Monarchen.

Aus Holstein, 27. April. (Köln. Z.) Im September 1843, als die Uebungen unseres Bundescontingents für das Lüneburger Lager stattfanden, fielen, wie man sich vielleicht noch erinnern wird, in Isehoe bei dem zum Contingent gehörenden Dragonerregiment unruhige Auftritte vor, die hier großes Aufsehen erregten und sofort die Ueberzeugung hervorriefen, daß die schlechte Behandlung der Soldaten die Quelle derselben sei. Nach der Rückkehr der Truppen von Lüneburg wurde vom König eine aus 4 Militärpersonen und zwei Rätthen des Obergerichts bestehende Commission niedergesetzt, um die Untersuchung gegen die Militär-Personen, wie gegen die dem Bürgerstande angehörenden Personen, die an dem Tumulte Theilgenommen, zu führen. Vorkurzem ist nun in unsern von mehren Obergerichtsrätthen redigirten Gerichtszeitung eine Relation über diese Untersuchung veröffentlicht, aus der man in der That noch weit schrecklichere Dinge über die Behandlung der Soldaten wenigstens bei diesem Cavallerieregiment erfährt, als man vorher geahnt hat. Daß fortwährend die gemeinsten Schimpfworte, wie: altes, dickes, verfreffenes Best, Schweinebest, Hundezug, Rindvieh, Bauernlummel u. s. w., u. s. w. gebraucht worden sind, von denen die obige Relation sagt, daß sie am meisten für die niedrigen entehrend sind, welche diese beständig im Munde führen, ist bei weitem noch das wenigste. Körperliche Mißhandlungen aller Art, Stockprügel und Fuchtel sind an der Tagesordnung gewesen, und mit furchtbarer Rohheit hat man sie fast als die einzigen Straf- und Correctionsmittel zur Anwendung gebracht. Obchon der Bericht sagt, daß er nicht alle Einzelheiten wiedergeben könne, werden doch eine Menge von empörenden Dingen erzählt. Die Bauern, deren Ländereien in der Nähe des Exercierplatzes liegen, haben viele Fälle namhaft gemacht, in denen einzelne Dragoner wegen F. hler beim Exerciren haben abfiken müssen und mit Fuchtelhieben belegt sind, namentlich wird ein Fall erwähnt, in dem ein Dragoner bei jedem Hiebe in die Knie gesunken ist, und jämmerliche Töne von sich gegeben hat, wie Leute, die im Todeskampf liegen, und dabei hat der Befehlshaber den Corporal noch encouragirt, stärker zu hauen. Ein Husar, der acht Tage in der Nähe des Exercierplatzes geplügt hat, sagt aus, daß jeden Tag Dragoner geprügelt worden seien, ein anderer, daß jeden Tag 4 bis 5 Dragoner geprügelt worden seien, ein Dritter gar, daß bei einer Schwadron in einer halben Stunde 4 bis 5 Dragoner Prügel bekommen haben. Ein Mann hat beim Exerciren 10 Fuchtel bekommen, und ist doch von dem hinzugerittenen Oberbefehlshaber für unschuldig erklärt; ein anderer hat wegen eines Versehens beim Exerciren 15 Fuchtel erhalten, noch ein anderer 13 Fuchtel wegen eines kleinen Versehens, und dann, weil er ein blindes Pferd gehabt, welches nicht recht hat mit wollen. Wegen Gegenvorstellungen gegen einen Wachtmeister erhält ein Dragoner 12 Fuchtel. Die kleinsten Versehens, selbst Mißverständnisse, sind mit Stockprügeln belegt. Ein Wachtmeister hat es sich sogar erlaubt, einem Dragoner täglich einen Hieb zu versetzen, weil er ihn hat stink machen wollen. Außerdem kommen noch schmälzliche Mißhandlungen anderer Art vor; die Soldaten sind mit dem Degengefäß gestochen, bei den Dhren gerissen, am Barte und an der Nase gezupft, einem ist das Dhre blutig gerissen, einem andern zwei Schläge mit einem Stock ins Gesicht versetzt, so daß das Blut aufs Wandteiler gestossen. Diese Behandlung erzeugte natürlich Wuth und bei einigen einen so tiefen Mißmuth, daß sie sich selbst entleibten. Ein Dragoner hatte sich kurz vor jenen Ereignissen erhängt, ein anderer sich erschossen, und beide haben vorher mehrfach geäußert, daß sie die Mißhandlungen nicht länger ertragen könnten, so daß an der Ursache ihres Selbstmordes kein Zweifel sein kann. Daß eine solche barbarische Behandlung, mochte sie auch nach den bisherigen Gesetzen als eine erlaubte erscheinen, unter der Mannschaft eine verzweifelte Stimmung hervorgerufen, und sie zu allen äußersten Schritten fähig machen mußte, ist natürlich. Schon lange hatte auch die öffentliche Meinung sich entschieden gegen die militairische Prügelstrafe erklärt. Die Presse hatte ebenfalls schon länger ernste Beschwerde über diese Zustände geführt, und auf gänzliche Abschaffung der Prügel gedrungen, aber die Bethelligten hatten immer die Mißhandlungen in Abrede gestellt und behauptet, daß man ganz ohne die Prügelstrafe nicht fertig werden könne; und als nun die Excesse in Isehoe stattfanden, entblödete man sich sogar nicht, diese der Presse zur Schuld zuzurechnen! Glücklicherweise haben die in der Commission sitzenden Obergerichtsräthe nun nicht nur eine gründliche Untersuchung herbeigeführt, sondern auch eine Veröffentlichung der wesentlichsten Resultate veranlaßt. Durch das Urtheil der Commission ist ein Rittmeister und eine Reihe von Unteroffizieren abge-

setzt, und mehrere der Soldaten sind zu 6- bis 8jähriger Karenstrafe verurtheilt; doch ist an die Stelle dieser Strafe durch königl. Gnade für die Graviersten 2jähriges Nachdienen und eine Prügelstrafe getreten, eine Strafe, die immer noch hart genug ist; indeß ganz ohne Strafe konnte es einmal nicht abgehen, da die Subordination ja unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß.

Aus dem südlichen Holstein, 29. April. — (Brem. Z.) Sowohl in Kopenhagen als in Schleswig und Kiel bringt man, selbst in höhern Beamtenkreisen, den erwarteten Besuch des Königs von Preußen mit den diesseit und jenseit des Belt's und der Königsau so große Aufregung verbreitenden nationalen und Ebsfolgestreitigkeiten in Verbindung und es wird die Vermuthung ausgesprochen, daß vom diesseitigen Hofe für die preussische Anerkennung und Bestimmung zu den in der eben bezeichneten Streitfrage beabsichtigten dänischen Maßregeln Zugeständnisse in der Sundzollfrage geboten werden dürften. Schon in Stralsund, als beide Herrscher sich zum ersten Male in Person begrüßten, (der Besuch in Kopenhagen wäre die Erwidernng des von Sr. Maj. König Christian VIII. damals gemachten Besuches) soll sogleich des Sundzolls Erwähnung gethan sein, allein man ließ den Gegenstand fallen, als der König von Dänemark andeutete: der Wegfall des Sundzolls bedrohe die dänischen Finanzen mit einer Krisis, in welcher der Regierung als letztes äußerstes Hülfsmittel nur die Einführung einer Repräsentativ-Verfassung übrig bleibe. Dennoch würde man, meinen wir, irren, wenn man die neuerlich in der Allg. Preuß. Ztg. begonnene Polemik über den Sundzoll, für welche eine Aeußerung des Jour. des Débats den Vorwand hergeben mußte, als ein Symptom betrachten wollte, daß man in Berlin gleichgültiger gegen die Entwicklung eines constitutionellen Lebens in den deutschen und dänischen Landen unserer Monarchie geworden wäre, womit man ja leicht die jetzt hoffentlich allgemein richtig gewürdigten Gerächte von einer bevorstehenden octroirten preussischen Repräsentativverfassung in Verbindung bringen könnte. — Die Zukunft wird mehr und mehr enthüllen, daß der kinderlose Tod der Großfürstin Alexandrina, der jungen Gemahlin des Prinzen Friedrich von Hessen, des eventuellen Thronfolgers in Dänemark und Churhessen, ein Zwischenfall von welt-historischer Bedeutung war.

Frankreich.

Paris, 29. April. — In der gestrigen Sitzung der Kammer hatte Herr von Gasparin die Frage der Religionsfreiheit angeregt; die Freiheit der Culten sei von der Charte verheißten; den Vollzug dieser Zusage verlange er nicht als Protestant, sondern als Bürger; es scheine, daß der Minister der Culten die Religionsfreiheit nur anerkennen wolle für die vom Staate salarirten Culten; die Dissidenten seien an vielen Orten Gegenstand vielfacher Plackereien gewesen oder nicht zur Genüge geschützt worden; es müsse gehofft werden, daß das Cabinet dieser Lage seine Aufmerksamkeit zuwenden werde. Der Minister der Culten, Herr Martin du Nord, entgegnete, ein besonderes Gesetz, dessen Vorlage Hr. v. Gasparin zur Auslegung des Artikels 5 der Charte zu wünschen scheine, sei nicht nöthig; die gegenwärtige Gesetzgebung sei durchaus ausreichend für Versammlungen, welche die Ausübung eines (vom Staate nicht salarirten) Cultus zum Gegenstande haben, nach der Meinung des Ministeriums stets die Erwirkung einer Autorisation erforderlich. Herr Dupin erklärte sich entschieden für die von Herrn Martin du Nord gegebene Auslegung; die Charte habe die Freiheit der Culten proclamirt, aber unter der Bedingung der Ueberwachung durch die Staatsbehörde; die Charte habe nicht im voraus jeden Cultus autorisiren können, der etwa aus dem Gehirne eines jeden Träumers entspränge; man habe die Charte nicht verletzt, als man den St. Simonismus und andere Erscheinungen ähnlicher Art auf dem kirchlichen Gebiete nicht anerkennen wollte; die Masse der Protestanten sei durchaus zufriedengestellt; vor Allem sei die Ordnung im Staate zu wahren und aufrecht zu erhalten. Hr. Dillon-Barrot äußerte, die höchste und heiligste der Freiheiten sei die der Culten und diese dürfe nicht von polizeilicher Erlaubnis abhängig gemacht werden. Die Debatte über diesen Gegenstand blieb ohne weitere Folge.

Paris, 30. April. — Bei der gestern stattgehabten Erneuerung der Bureau der Deputirtenkammer war die Wahl der Präsidenten und Secretaire in mehreren Bureau wieder Gegenstand großer Parteilanstrengungen. Die Opposition vermochte nur in zwei Bureau die Ernennung ihrer Candidaten durchzusetzen. — In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer fuhr man mit der Berathung über die supplementarischen und außerordentlichen Credite fort. Aus Anlaß der Credite für Portendick brachte Hr. Billaut wieder heftige Beschwerden gegen England zum Vorschein. Die Meinungen, welche er vorbrachte, wurden von dem interimistischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten entschieden bekämpft. — Nach der „Revue de Paris“ würde das Ministerium auf die Interpellationen, welche Herr Thiers am 2. Mai stellen wird, erklären, daß es entschlossen sei, gegen die ungeseglichen Congregationen mit allem Ernste zu verfahren. — Die Berichte aus

Algerien stellen es mehr und mehr außer Zweifel, daß der Emir Abd-el-Kader sich abermals mit der französischen Macht zu messen wagen wolle.

Ueber die näheren, nicht offiziellen Ursachen, welche Hr. Guizot bewogen haben mögen, sich für einige Zeit Ruhe zu gönnen, circuliren nur unbestimmte und sehr unverbürgte Gerüchte; die Oppositionsorgane geben alle zu verstehen, der provisorische Urlaub dürfte sehr bald zur definitiven Demission werden; der Constitutionnel will wissen, Guizot habe sich drei Fragen vorbehalten: die Durchsuchungsfrage, d. h. das Ergebnis der Verhandlungen des Herzogs von Broglie zu London, die Texasfrage, und die Frage von der Heirath der Königin von Spanien; dieser Punkte soll sich Herr Duchatel während des Interims enthalten.

Paris, 30. April. — Die General-Vicare von Avignon haben dem Präfecten dieser Stadt brieflich angezeigt, daß sie zwar suchen würden, der Volksbewegung zu Gunsten der vertriebenen St. Joseph'schen Schwestern Einhalt zu thun, daß sie aber selbst gegen die Austreibung der Nonnen aus dem Hospiz protestiren müßten. Der Präfect ist als ein charakterfester Mann bekannt, welcher der Regierung kein Recht vergeben wird. — Als Dupin in der Kammer von Gasparin aufgefordert wurde, sich über seine Anspielung auf protestantische Jesuiten näher zu erklären, so antwortete ersterer: „Unter Jesuiten verstehe ich solche, die außerhalb Frankreich einen fremden General und fremden Souverain haben, die sich in Frankreich nicht nur ohne Befehle, sondern trotz der Befehle einschleichen wollen, welche die Aufregung, die Unordnung, das Unheil und vielleicht gar den Krieg in Frankreich hervorrufen.“ Diesen Worten folgte langer und lauter Beifall. — Zum heutigen Namensfeste des Königs wird dieser um 1 Uhr Nachmittags den Erzbischof von Paris und seine Geistlichkeit, um 8 1/2 Abends den Staatsrath empfangen. Alle übrigen Staatsbesuche werden erst morgen, am 1. Mai, erfolgen. Natürlich ist man unter den jetzigen Umständen sehr auf die Rede des Erzbischofs und die Antwort des Königs gespannt; die Verhältnisse ganz zu übergehen, wird wohl nicht möglich sein. Guizot ist gestern nach seiner Residenz Beaufour zu Passy abgegangen. Seine Krankheit, welche vorzüglich die Leber angegriffen haben soll, verbietet ihm vor der Hand sogar das Lesen.

Vom franz. Oberheine, 30. April. — Die Frage über die den Jesuiten für die Folge zustehenden Befugnisse beschäftigt bei uns alle Kreise aufs lebhafteste, denn die mit jedem Tage mehr sich herausstellenden Ansprüche mehrerer ultramontanen Blätter beweisen am deutlichsten, daß man den Congregationen den möglichst freien Spielraum in ihren Unternehmungen zu verschaffen wünschte. Die Volkmeinung ist indessen diesen Herren Gästen mehr als je unhold, zumal sich bei dem letzten Jesuitenprozeß in Paris gezeigt hat, daß sie alle möglichen Geldgeschäfte und Finanzunternehmungen betreiben und zwar Alles im Namen der Religion. Der gegen das „Univers“ eingeleitete Prozeß des Strasburger „Bibliophilen“ wird am 5. k. M. in Paris verhandelt werden, bei welcher Gelegenheit erwiesen werden wird, welches die Grundsätze sind, die mitunter in katholischen Priesterseminarien gelehrt werden. Wir wünschten nichts sehnlicher, als daß alle Auszüge des Bibliophilen sich als unächt bewiesen; allein dieses steht dem Anschein nach nicht zu erwarten. Es ist bemerkenswerth, daß, je mehr die Regierung das Ansehen des Klerus zu heben sucht, und namentlich bedeutende Gehalts erhöhungen in der letzten Zeit bewilligt hat, sich dennoch Unzufriedenheit unter den Landpfarrern zeigt. Verschiedene Blätter, die sich stets die Aufgabe machen, von den Rechten der Geistlichen, aber nicht von ihren Pflichten zu sprechen, tragen mitunter Schuld an diesem Mißstande.

Von der französischen Grenze, 29. April. (Rh. B.) Zuverlässigen Nachrichten aus Paris zufolge ist es entschieden, daß die französische Regierung den Versuch machen will, das südliche Frankreich durch Aufstellung eines Lagers unweit Bordeaux günstiger für die neue Dynastie zu stimmen. Es ist bekannt, daß die jetzige Dynastie und Regierung im südlichen Frankreich wenig beliebt sind, namentlich in Bordeaux, welches durch Abnahme der Ausfuhr nach den französischen Kolonien viel von seiner frühern Handelsblüthe verloren hat. Als der Herzog von Nemours vor anderthalb Jahren das Lager zu Poermeil in der Bretagne bezog, war die Absicht, diese Provinz für die Dynastie Orleans zu gewinnen, ganz fehl geschlagen. Die Bauern hatten auf den Bäumen längs den Straßen weiße Fahnen aufgesteckt, und als die Gensdarmarie die aufrechten Zeichen abriß, kamen die Bauern über Nacht zurück, steckten die Fahnen wieder auf, schälten die Baumrinde ab und bestrichen die Stämme mit Fett, so daß die Gensdarmarie an den glatten Bäumen nicht hinaufklettern konnte und während der Herzog vorbeiritt, die weißen Fahnen überall lustig über seinem Haupte flatterten. Ob das Lager von Bordeaux besseren Erfolg haben wird, wollen wir abwarten. Es soll ganz nahe bei Bordeaux in der Gemeinde St. Mébard abgesteckt und von den Herzogen von Nemours und Amale kommandirt werden. Die Truppenzahl wird sich nicht über 12,000 Mann belaufen. Der König, der seit

seinem Regierungsantritt niemals die südlichen Provinzen besucht hat, weil er sich mit Recht keinem schiechten Empfang aussetzen wollte, dürfte vielleicht dieses Jahr, einigen Nachrichten zufolge, einen Abstecher nach dem Süden versuchen.

S p a n i e n .

Madrid, 24. April. — Im Congresse wurde heute der Particularantrag der Herren Gonzales Romero und Castillo, dahin gehend, der Regierung die von derselben verlangte Ermächtigung zur Regelung der Staatsschuld nicht zu bewilligen, discutirt und mit einer Majorität von 78 Stimmen gegen 37 verworfen.

Madrid, 25. April. — Der General Prim hat die Erlaubniß erhalten, seinen Aufenthalt in der Hauptstadt zu nehmen. Die Königin Isabella hat alle bei den Revolten von Alicante, Carthagena und Murcia betheiligte gewesene Individuen begnadigt. Dieser Amnestieakt hat einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

Man liest im Clamor Publico: „In Madrid wird demnächst eine Gesellschaft unter dem Namen St. Ignaz von Loyola errichtet werden und an die Spitze dieser Gesellschaft eine Dame von hohem Range treten. Die Sache hat einen guten Anfang; die Gesellschaft hat, wie es heißt, bereits einen effektiven Fonds von zwei Millionen Realen.“ — Nach dem Herald ist der Belagerungsstand nunmehr endlich auch in der Provinz Tarragona wieder aufgehoben worden. — Wie der Clamor Publico anführt, erhält das Gerücht Bestand, daß die Vermählung der Königin mit dem Grafen Trapani noch im Laufe dieses Sommers stattfinden würde, und zwar in Barcelona, wo aus diesem Anlasse eine ansehnliche Zahl von Truppen concentrirt werden soll.

S c h w e i z .

Nidwalden, 24. April. — Heute wurde Lieutenant Franz Hermann von Stanzstad, der sich unter den Freischaaren befand und hierher ausgeliefert wurde, von der Regierung zu viertelständiger Ausstellung am Pranger mit einer Ruthe in der Hand zur öffentlichen Streichung mit Rutchen und zu 6 Monaten Zuchthausstrafe, während welcher Zeit ihm noch geistlicher Unterricht erteilt werden soll, verurtheilt.

Luzern, 27. April. (A. Z.) Die Regierung des hohen Standes Luzern wurde dieser Tage durch ein Schreiben des Staatskanzlers Fürsten Metternich erfreut, worin derselbe der Regierung seine innigsten Glückwünsche zu dem glorreichen Siege über die Freischaaren ausdrückt und die Regierung seiner Theilnahme versichert.

Luzern, 29. April. — Die December-Gefangenen haben sich bis auf etwa 25 oder 30 vermindert. Unter diesen befinden sich aber noch viele, gegen welche noch nicht einmal Spezialuntersuchung erlangt ist. So sitzen Hr. Peter Sidler und Stadtmann Isak nun zwanzig volle Wochen. Letzterer wurde am 18ten Tage seiner Verhaftung einmal verhört, seither aber, also 122 Tage, nicht mehr. — Heute Mittags sind die Abgeordneten von Aargau mit 200,000 Fr. baar hier eingekückt und schon werden die Gefangenen dieses Kantons partieweise nach der Grenze fortgeführt (über Münster).

Narau, 28. April. — Ohne weitere Erörterung hat der gr. Rath heute mit 160 Stimmen die Auslösung der Gefangenen in Luzern auf Staatskosten, dann Nachlaß der Kosten für 1841 und allgemeine Verzeihung für diese Zeit und für jetzt beschlossen.

Bern, 28. April. — Mit 186 Stimmen gegen 4 Stimmen hat der gr. Rath beschlossen, dem Stande Luzern die Garantie für die 70,000 Fr. zu geben.

Basel, 29. April. — Basellandschaftliche Particularen haben hier 35,000 Frs. zur Loskaufsumme aufgenommen.

Bern. (Eidg. Z.) Die Stimmung im Kanton Bern ist sehr aufgeregter. Die Volksbündler arbeiten eifrig an einem zweiten Landfriedensbruch; doch soll diesmal die Masse der Einbrechenden auf mindestens 40,000 gesteigert werden. Waadt, heißt es, habe allein 20—25,000 Mann zu diesem hehren Zwecke angeboten. Man warte nur noch das Ergebnis der Großrathssitzung ab. Würde wider Erwarten die Regierung auf der Abberufung der gravirten Freischärler von ihren Aemtern und Stellen beharren, so würde der „Volksbund“ diesen Beschluß an ihr selbst vollziehen; sollte sie aber, was angenommen wird, sich unter Wilhelm Snells Dictatur fügen, so wäre sie wahrscheinlich genöthigt, den Einband zu einer vermehrten Edition des Freischaarenzuges aus den Zeughäusern zu liefern.

Osmanisches Reich.

Konstantinopel, 23. April. — Die Pforte hat zur Vervollständigung jener Maßregel, vermöge welcher Provinzial-Delegirte in diese Hauptstadt einberufen wurden, zehn Commissionen ernannt, deren jede aus drei Mitgliedern und einem Sekretair gebildet ist, so zwar, daß eines dieser Mitglieder in jeder einzelnen Commission dem Stande der Ulema, ein zweites dem Militair und ein drittes dem administrativen Stande angehört. Diese Commissionen, deren fünf für Rumelien und fünf für Anatolien bestimmt sind, werden sich in die ihnen zugewiesenen Ejalets begeben, haben dieselben im Auftrage der Regierung zu bereisen, und dort alle

jene Erhebungen zu pflegen, und alle jene Daten einzusammeln, die dem Zwecke der Pforte, der auf Hebung und Beförderung des Ackerbaues, des Handels und der Gewerbe und Gründung gemeinnütziger Anstalten in den Provinzen gerichtet ist, dienlich sein, und zu Berichtigung oder Ergänzung der von den Provinzial-Delegirten hierorts gelieferten Aufklärungen sich eignen können. Unterdessen haben die eingetroffenen Delegirten unter dem Vorsitze Suliman Pascha schon einige vorberathende Versammlungen gehalten. — Die jüngste, kaum 6 Wochen zählende Tochter des Sultans, Prinzessin Samie, ist mit Tode abgegangen und am 17ten d. M. im Mausoleum bei Zeni Dschami bestattet worden. — Der königl. preussische Gesandte, Herr v. Le Coq, hatte letzten Freitag die Ehre, dem Sultan in einer besondern Audienz ein Schreiben seines Monarchen zu überreichen, welches die Dankagung für den Empfang der seiner Zeit Sr. k. Hoh. dem Prinzen Albert zu Theil gewordenen Aufnahme enthielt. Bei dieser Gelegenheit hat Hr. v. Le Coq einige Sr. Hoh. dem Sultan bestimmte werthvolle Geschenke des Königs von Preußen, aus Gegenständen der Industrie der Zollvereinsstaaten bestehend, übergeben.

M i s c e l l e n .

Leipzig. Das neueste Stück von Biedermann's Monatschrift enthält einen Aufsatz, „die Beamten in Oesterreich“, der die ganze Hierarchie dieses Standes in größerem Detail kennen lehrt, der sich aber auch auf andere norddeutsche Staaten sehr gut anwenden ließe. Ein charakteristischer Zug in der österreichischen Beamtenwelt ist aber der, daß in der adeligen Gesellschaft Oesterreichs die Stellung eines Adelligen, als solcher, höher gilt, als die Stellung als Staatsbeamter, weshalb auch die hochadeligen Beamten in Oesterreich, der Gesellschaft gegenüber, mehr als Cavaliere, denn als Staatsdiener, dastehen. Dies liegt aber (was der Verf. nicht zu berücksichtigen scheint) darin, daß der höhere Adel in Oesterreich durch seinen großen Grundbesitz eine weit höhere Stelle einnimmt, als der im nördlichen Deutschland. „Was ist endlich“, sagt der Verfasser, „der Culminationspunct, welchen der Nichtvornehme zu erreichen“ hoffen darf? der Hofathensrang und eine Besoldung von einem Paar tausend Gulden. Damit schließen sich in den meisten Fällen alle seine Lebenshoffnungen. Dennoch muß er, diese Ueberzeugung im Herzen, neben sich die immer mächtigere, immer prächtigere Entfaltung des Handels und der Industrie erblicken. Täglich rauschen die ihm unerringbaren Summen an seinem Ohre vorbei, durch welche Erfindungsgeist und Fleiß sich tausendfach vergüten; stündlich muß er es mit ansehen, wie jede tüchtige Individualität sich Geltung, Anerkennung, materielles Glück erwirbt. Er allein tritt unabänderlich in seinem „Trionstrabe“, bis ein Vordermann sich müde hinlegt und er, über dessen Leiche hinweg, eine Staffel höher steigen kann und wieder einige Jahre lang unverändert im Rade treten darf, bis wieder Einer stirbt — wenn nicht er selbst. Dabei wird der Staatsbeamte alt und grau und matt, bleibt aber ohne Vermögen und kann seinen Kindern nichts hinterlassen, kann nicht einmal auf ein sorgenloses Alter rechnen, denn wenn er in Mattigkeit aus dem Dienste tritt, erhält er nur eine Pension, die höchst selten mehr als zwei Drittheile seines bisher genossenen Gehaltes beträgt.“ Gilt das nur für Oesterreich?

Aus Rom vom 19. April wird über die Versteigerung der vom Cardinal Fesch hinterlassenen Gemäldegalerie berichtet; gute Bilder gehen zu hohen Preisen weg; so eine Landschaft von Hobbema für 44,520 Fr., Bouwermann's „Heimkehr von der Jagd“ für 68,727 Fr. Die Perlen der Sammlung gehen meist nach England; Herr Passavant erstand eine „Martha und Maria“ von Lesueur um 15,359 Fr.)

München, 30. April. — Dem Kanonier Eppenstein wurde diesen Morgen das Todesurtheil verkündet, das der Verbrecher mit ziemlicher Fassung anhörte. Die Hinrichtung erfolgt nächsten Samstag durch das Schwert. Die Schreckensthat, bekanntlich ein Doppelmord, verübte an der Hauptmannsgattin Eugenie Neumayer und an deren Magd, geschah am 15. November vorigen Jahres.

In Nimes hat man einen Wahnsinnigen eingesteckt, der von einer eigenthümlichen fixen Idee befallen ist. Er schrie auf den Straßen laut, daß die berüchtigte Giftnischerin Lafarge unschuldig sei und daß er deren Gatten vergiftet habe.

Athen, 21. April. — Nach der unlängst vorgenommenen Zählung beläuft sich die Bevölkerung der Hauptstadt auf 8316 Männer, 8026 Frauen, 4624 Kinder beiderlei Geschlechts, 5322 Fremde und Griechen aus andern Provinzen; zusammen auf 26,288 Seelen, die Befugung von 1500 Mann nicht mitgerechnet.

Mülheim a. Rhein, 30. April. — Wie der Spießbeutel in den Bädern, noch vielfach privilegiert, im Großen hauset, so zieht er unprivilegiert, im Kleinen witzend, jetzt in hiesigen Gegenden der Eisenbahn nach. Viele Spieler von Gewerbe, sogenannte Döppchenspieler, wandern nämlich immer hinter den Arbeitern drein, suchen sie in Wirthshäuser zu locken und besonders an Abrechnungstagen ihnen die schwerverdieneten Pfennige durch Karten- und Würfelspiel abzulupen.

Tagesgeschichte.

Breslau, 7. Mai. (Amtsbl.) Der frühere Hülf...

Die erledigte Curatie zu Merzdorf, Ohlauer Kreises...

Breslau, 6. Mai. — Wenn die katholischen...

Leobschütz, 1. Mai. — Mit Freude wird auch...

oder auswärtig sich noch einmal trauen lassen soll...

Fauer, 3. Mai. — Am 30. April c. ist...

Die Ortspolizeibehörde von Puschwitz hat offenbar...

Allen Privatinhabern der Polizeigerichtsbarkeit...

Aus Niederschlesien. Damit dem Herrn Licentiaten...

Schatten gerathe, will Jemand, der bemerkt hat...

Strehlen, 7. April. — Der gestrige und heutige...

Gestern nach beendigtem Gottesdienste wurde die vor...

Acht und zwanzig mit den Trauer-Symbolen bekleidete...

Für den ruhigen gefühlvollen Beobachter war es herz...

Verlobungs-Anzeige.

Die vollzogene Verlobung unserer Tochter...

Verbindungs-Anzeige.

Unsere, trotz vielseitiger Einsprüche, heut...

(Verspätet.)

Dorothea Richter geb. Lobethal...

Als Neuvermählte empfehlen sich

Adolf Baumert, Rosalie Baumert, geb. Kattge...

Verbindungs-Anzeige.

Als Neuvermählte empfehlen sich: Richard Beer...

Entbindungs-Anzeige.

Die heut erfolgte glückliche Entbindung...

Todes-Anzeige.

Heute früh 8 1/2 Uhr entschlief sanft im...

ven 6 Monaten 11 Tagen. Diesen für uns...

Todes-Anzeige.

Das heut Nachmittag um 4 1/2 Uhr erfolgte...

Ritter des rothen Adler-Ordens 4ter Klasse...

Müsse den 3. Mai 1845.

Im Weiß'schen Locale,

(Garten-Straße No. 16.) Heute, Mittwoch den 7. Mai...

Kroll's Wintergarten.

Heute, Mittwoch den 7. Mai: Subscriptions-Concert...

Necht englischen Cement

empfehlen billigt Berger et Becker, Bischofsstraße No. 3.

Mit einer Beilage.